

Mayer: „Es gibt keine Euro-Krise“

Vechtaer EU-Abgeordneter: Schuldenabbau vorantreiben und Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Eine Euro-Krise sieht der EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) aus Vechta nicht. Sie drohe aber, wenn die Haushalte nicht stabilisiert werden.

Von Giorgio Tzimurtas

Frage: Herr Mayer, bekommt die EU in diesem Jahr die Euro-Krise in den Griff?

Mayer: Es gibt keine Euro-Krise sondern eine Schulden- und Staaten-Krise. Wenn diese nicht beseitigt werden, kann es zu einer Euro-Krise kommen. Wir werden uns mit Sicherheit das gesamte Jahr mit diesem Thema beschäftigen. Mit der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte, vor allem in den Krisen-Staaten. Auf der anderen Seite gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten zu erhalten und wiederherzustellen. Wenn nur auf die Sanierung der Haushalte Wert gelegt wird, dann kann man zwar den Schuldenabbau vorantreiben. Aber es besteht die große Gefahr, dass die Wirtschaftsleistung nach unten geht.

Frage: Das ist das Kaputtsparen.

Mayer: Richtig. Und das darf nicht sein. Allerdings: Wenn die Sparmaßnahmen zu locker sind, dann reizt das, neue Schulden zu machen. Dazu darf es auch nicht kommen.

Frage: Die Auflagen für die Krisenländer sind also zu streng?

Mayer: Nein. Wenn man etwas erreichen will, müssen die Maßnahmen massiv sein. Es müssen zugleich staatliche Ausgaben reduziert und Einnahmen erhöht werden. Dazu muss zunächst Steuergerechtigkeit herbeigeführt werden. Es darf nicht dabei bleiben, dass bestimmte reiche Gruppen von der Steuerzahlung ausgeschlossen sind. Es muss untersucht werden, welche Steuern in welcher Höhe notwendig und leistbar sind. Auch im Vergleich zu anderen Ländern. Die Bürger müssen zwar dem Staat mehr Geld geben, aber es muss ihnen auch so viel Geld bleiben, dass sie konsumieren, damit die Wirtschaft am Laufen bleibt.

Frage: Wie soll dies gelingen?

Mayer: Die Wettbewerbsfähigkeit kann durch begleitende



Scharfe Worte zu US-Ratingagenturen: Es sei eine „ungeheuerliche Anmaßung“, dass diese Unternehmen europäische Staaten beurteilen, sagt der EU-Abgeordnete Mayer (CDU). Foto: Tzimurtas

Maßnahmen gefördert werden. Wir haben in der EU mehrere Möglichkeiten. Das eine ist: Gelder, die von den hochverschuldeten Ländern nicht abgerufen wurden, ihnen aber zustehen, sollen sie erhalten. Überwiegend wurden diese Gelder wegen mangelnder Ko-Finanzierung nicht abgerufen. Wir müssen also die Ko-Finanzierungspflicht der Länder reduzieren oder sogar ganz wegfällen lassen, damit diese Gelder in das Land reinfließen können. Das haben wir kurz vor Jahresende so beschlossen.

Frage: Das klingt wieder nach dem Prinzip, neues Geld in ein mögliches Fass ohne Boden zu geben. Welche Aussichten auf Erfolg gibt es?

Mayer: Wir haben Sachverständige in den Ländern. In Griechenland sind über 50 Vertreter der Troika von EU-Kommission, IWF und EZB unterwegs, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Auch auf Bezirksebene. Es geht um Notwendigkeiten und Möglichkeiten in einzelnen Bereichen, wie zum Beispiel in der Infrastruktur, Energie und seltene Erden. Diese Experten stellen

gemeinsam mit der Regierung entsprechende Wirtschaftspläne auf. Es gibt auch ein eigenes Programm zur Ausbildung von Finanz-, Gerichts- und Verwaltungspersonal.

Frage: Sollte es ein Aufbau-Programm geben, wie im Fall der neuen Bundesländer nach der deutschen Wiedervereinigung?

Mayer: Ja, so ähnlich. Wir brauchen geschulte Finanzbeamte und Richter, so dass das System insgesamt eine Änderung und Stabilisierung erfährt. Ebenso ist eine Beratung darüber notwendig, was dem Land fehlt und wie die vorhandenen Ressourcen besser genutzt werden können. Es ist also im Grunde eine Betriebsberatung auf staatlicher Ebene.

Frage: Und wie kann der Euro vor Attacken auf den Finanzmärkten geschützt werden?

Mayer: Man muss den Märkten deutlich zeigen, dass eine Wiederherstellung der Stabilität in den Krisenländern möglich ist. Der Prozess ist allerdings langfristig. Es geht aber auch darum, den Binnenmarkt in ganz Europa anzukurbeln. Dazu gibt es viele Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel ein europaweiter Verbraucherschutz, Förderung des Mittelstandes und ein gemeinsames Kaufrecht, die in ihrer Gesamtheit wirken müssen.

Frage: Neun Euroländer wurden von der Rating-Agentur Standard & Poor's herabgestuft. Sogar Frankreich ist davon betroffen. Führen die US-Ratingagenturen einen Krieg gegen die Euro-Zone?

Mayer: Es ist eine ungeheuerliche Anmaßung von privaten US-Unternehmen, europäische Staaten zu beurteilen, zumal die Grundlage der Beurteilungen nicht transparent, nicht bekannt ist. Wir wissen auch nicht, wer die Agenturen für diese „Gutachten“ bezahlt. Appelle der Kommission zur Mäßigung wurden ignoriert. Daher werden rechtliche Schritte in Zusammenarbeit mit den USA erwogen. Andererseits nimmt „der Markt“ diese Einstufungen offensichtlich nicht mehr ernst, denn zum Beispiel Italien und Spanien haben trotz Androhung der Herabstufung sehr gute Zinskonditionen erreicht.